

Reutlinger Nachrichten

ZEITUNG FÜR STADT UND KREIS REUTLINGEN · PFULLINGER ZEITUNG

Im Verbund der

SÜDWEST PRESSE

Samstag, 6. März 2021 · 2,20 €

Stadt & Region



Masken und Schule: Wie Kinder leiden

Reutlingen. Kinder, die von der Maskenpflicht befreit sind, haben es nicht leicht. Jetzt klagen Mütter über Hindernisse, Druck und Börsartigkeiten im Alltag.

Lokales Seite 17

Amtsgericht: Eltern müssen in Haft

Reutlingen. Die Eltern, die ihre eigenen beiden Kinder brutal und grausam misshandelt haben, müssen in Haft. So hat das Amtsgericht gestern entschieden.

Lokales Seite 19

Corona schlägt auf Bankgeschäft durch

Reutlingen. Erste Bilanzpressekonferenz der Vereinigten Volksbanken: Der Vorstand bezeichnet die Ertragslage trotz Pandemie als „insgesamt zufriedenstellend“.

Lokales Seite 18



Alle News zu jeder Zeit gibt es auf dem Nachrichtenportal **swp.de** und den sozialen Kanälen **Facebook** und **Instagram**. Der Südwesten auf einen Blick – schnell, informativ und unterhaltsam.

Das Wetter im Südwesten



So erreichen Sie uns:
Hotline für Zustellung und Aboservice: 07121 9302-47
 muv.vertrieb@swp.de
Privater Kleinanzeigenservice
 07121 9302-0
Redaktion 07121 9302-0 / -11
 rn.redaktion@swp.de
Anzeigen 07121 9302-30 / -31
 anz-reutlingen@swp.de

72764 Reutlingen, Albstraße 4
Nummer 54 · 73. Jahrgang · E 5841 A



FOTOS: CHONRAVIT BOONRAKOB/SHUTTERSTOCK.COM, MARIJAN MURAT/DPA, TOBIAS SCHWARZ/AFP



Kritik am Krisenmanagement der Landesregierung wächst

Umfrage Digitalunterricht, Wirtschaftshilfen, Impfen – viele Bürger sind mit der Arbeit der Politik in der Pandemie unzufrieden. *Von David Nau*

Eine Woche vor der Landtagswahl bewerten immer mehr Bürger das Krisenmanagement der Landesregierung negativ. Das ergab der „BaWüCheck“, die große Umfrage der Tageszeitungen in Baden-Württemberg, die das Institut für Demoskopie Allensbach durchgeführt hat. Demnach attestierten zwar noch immer 54 Prozent der Befragten der Landesregierung eine gute oder sehr gute Arbeit bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie. Gleichzeitig steigt jedoch die Zahl derjenigen, die das Krisenmanagement kritisieren.

69 Prozent der Befragten sehen Probleme beim Digitalunterricht an den Schulen im Südwesten, 68 Prozent sind der Meinung, dass die Auszahlung der Wirtschaftshilfen nicht gut funktioniert. Und auch die Schwierigkeiten bei der Vergabe von Impfmitteln stoßen vielen Befragten (65 Prozent) sauer auf. Besser bewertet wird dagegen die Arbeit der Krankenhäuser im Land. Hier sehen nur 35 Prozent Probleme.

Große Auswirkungen hat das Krisenmanagement auch auf die Beurteilung der Gesamtbilanz der Landesregierung. Der Umfrage zufolge sehen 32 Prozent der Befragten die Arbeit von Grün-Schwarz als erfolgreich an, 26 Prozent sind mit der Arbeit nicht zufrieden. Die große Mehrheit (42 Prozent) traut sich bei der Frage kein Urteil zu. Auffällig ist, dass Menschen, die mit dem Krisenmanagement der Regierung zufrieden sind, auch die Gesamt-

bilanz deutlich häufiger positiv sehen (54 Prozent). Wer mit der Corona-Politik nicht zufrieden ist, bewertet auch die gesamte Bilanz der Regierung deutlich häufiger als nicht erfolgreich (55 Prozent). Bei der Bewertung der Spitzenkandidaten ist die Meinung der Bürger weiter eindeutig. Von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) haben 72 Prozent eine gute Meinung, von Herausforderin Susanne Eisenmann (CDU) sind nur 32 Prozent überzeugt.



Südwestumschau

Nüßlein tritt nicht mehr an

Masken-Affäre Der Abgeordnete zieht Konsequenzen aus laufenden Ermittlungen.

Berlin. Der CSU-Bundestagsabgeordnete Georg Nüßlein zieht sich aus der Politik zurück. Gegen ihn waren vor einer Woche Korruptionsvorwürfe im Zusammenhang mit dem Ankauf von Corona-Schutzmasken bekannt geworden. Er werde bei der Bundestagswahl im September nicht mehr kandidieren und sein derzeit ruhendes Amt als Unionsfraktions-Vizechef niederlegen, ließ Nüßlein am Freitag über seinen Rechtsanwalt in München erklären. Dieser wies den Vorwurf der Bestechung zugleich „entschieden“ zurück.

Der Abgeordnete, zu dessen Wahlkreis Neu-Ulm gehört, rechnet demnach aber „nicht damit, dass die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft in den nächsten Wochen abgeschlossen sind“. Weil das Ermittlungsverfahren für seine Familie und seine Partei „eine ganz erhebliche Belastung“ darstelle, habe er sich zum Rückzug entschieden.

Die Generalstaatsanwaltschaft München ermittelt wegen des Anfangsverdachts der Bestechlichkeit gegen den CSU-Politiker. Er soll sich vor einem Jahr unter anderem beim Bundesgesundheitsministerium und beim bayerischen Gesundheits-

ministerium für einen Lieferanten von Corona-Schutzmasken eingesetzt und für den Großauftrag eine sechsstelligen Provision bekommen haben. Inzwischen gibt es im Zusammenhang mit der Beschaffung von Schutzmasken Vorwürfe auch gegen weitere Unionsabgeordnete, darunter Nikolas Löbel. Er soll eine Provision von 250 000 Euro bekommen haben. *eha/afp*

Schreitests statt Schnelltests

Wenn die ganze Corona-Malaise überhaupt etwas Gutes hat, dann ist es die Wiederentdeckung des Erfindergeists. Man denke nur an den Impfstoff und seine rasante Entwicklung oder die Raumfilter gegen Viren und die vielen Formen von Corona-Tests. Den Deutschen scheint das manchmal alles zu schnell zu gehen, denn hierzulande sind die Patentanmeldungen 2020 leider zurückgegangen.

Zudem unternehmen die Regierungen in Bund und Ländern bekanntlich alles, um besonders nützliche Erfindungen möglichst spät einzusetzen. Oder – dem Geist des jüngsten Corona-Lockerungsplans folgend: Wir setzen Raumfilter nur dann ein, wenn die Luft im Raum 14 Tage lang stabil eine Temperatur von 25 Grad unterschreitet, mindestens zwei der Schülerrinnen Katrin heißen und über das Schwimmabzeichen in Silber verfügen. Findet sich nur eine Katrin, wird der Raum versiegelt und die Raumluft von Bundeswehr-Soldaten nachverfolgt. Es ist zum Schreien.

Wie gut haben es da die Holländer, die einen Peter van Wees unter sich wissen. Van Wees hat einen Corona-Test entwickelt, einen Schreitest. Testpersonen stellen sich in eine Kabine und brüllen sich die Seele aus dem Leib. Das Gerät fängt die so freigesetzten Aerosole auf und untersucht sie auf Corona-Viren. Bingo. Das müssen wir auch haben. Wo bleibt die Vorbestellung durch das Bundesgesundheitsministerium? Lasst Schreie durch das Land schallen! *Guido Bohsem*



FOTO: © OLLIVY/SHUTTERSTOCK.COM



Geimpfte einbeziehen

Die Länderchefs und Kanzlerin Angela Merkel haben einen wirklich komplizierten Stufenplan auf dem Weg zu einer Wiedereröffnung des Landes erdacht. Dabei legten sie besonderen Wert darauf, die nun in großer Zahl erhältlichen Schnelltests einzubeziehen. Das ist richtig, wenn auch die Ausgestaltung aus vielen Gründen abenteuerlich kompliziert und widersprüchlich anmutet. Das größte Versäumnis besteht jedoch darin, die ab April jeden Tag um etwa eine Million ansteigende Zahl der Geimpften zu ignorieren. Diese sind nach ersten Untersuchungen aus Israel vermutlich nicht ansteckend und somit als Überträger sogar unverdächtiger. Schnelltests sind bekanntlich fehleranfällig und auch nur ein paar Stunden tatsächlich aussagekräftig.

Geradezu absurd wäre es, wenn Geimpfte sich einem Schnelltest unterziehen müssten, bevor sie im Außenbereich eines Restaurants essen oder ins Kino gehen dürfen. Nein, der testbasierte Öffnungsschritt entkräftet das Argument, wonach es keine Vorteile für Geimpfte geben dürfe, wenn noch nicht genügend Impfstoffe zur Verfügung stehen. Die Lockerungen müssen auch für Geimpfte gelten.

Südwesten In 18 Kreisen öffnen Geschäfte

Stuttgart. In voraussichtlich 18 der 44 Landkreise in Baden-Württemberg kann der Einzelhandel am Montag wieder öffnen – allerdings mit einer Begrenzung von einem Kunden pro 10 Quadratmeter beziehungsweise 20 Quadratmeter je nach Verkaufsfläche. Ministerpräsident Winfried Kretschmann hält die stärkere Lockerung des Corona-Lockdowns für Kreise mit niedrigen Infektionszahlen an für vertretbar. *dpa*

Myanmar USA weiten Sanktionen aus

Washington. Die USA haben nach der bisher schlimmsten Eskalation der Polizeigewalt mit Dutzenden Toten in Myanmar weitere Handelssanktionen gegen die dortige Militärführung verhängt. Betroffen seien zwei für den Putsch verantwortliche Ministerien sowie zwei mit den Streitkräften verbundene Firmen, teilte das US-Handelsministerium mit. Nach UN-Angaben starben allein am Mittwoch mindestens 38 Menschen bei Protesten. *dpa*